

Der Gewerkeverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerkevereine.

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend.
Vierteljährlicher Abonnementspreis durch die
Post bezogen und abholen vom Postamt 0,65 RM;
bei jeder Bestellung durch den Briefträger
ins Haus 18 Pfg. mehr.
Alle Postaufträge nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben
unter Mitwirkung der Verbands- und Vereins-Vorstände
vom
Zentralrat der Deutschen Gewerkevereine
(Vereins-Direktion)
Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/223.

Anzeigen pro Zeile:
Geschäftsamt, 15 Pfg., Familienamt, 15 Pfg.,
Vereinsamt, 10 Pfg., Arbeitsmarkt gratis.
Redaktion und Expedition:
Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/223.
Fernsprecher: Amt VII, Nr. 1728.

Nr. 98.

Berlin, Mittwoch, 11. Dezember 1907.

Neununddreißigster Jahrgang.

Inhalts-Verzeichnis.

Verbandsgenossen und Genossinnen! — Drohende Kämpfe im Baugewerbe? — Klassenkampf und Tarifverträge. — Allgemeine Zusammenhänge. — Gewerkevereine-Zell. — Verbands-Zell. — Anzeigen-Zell.

Verbandsgenossen und Genossinnen!

Unser Ruf: „Werbt freiwillige Abonnenten für den „Gewerkeverein“!“ darf jetzt nicht verstummen. Der Quartalswechsel naht. Da gilt es, die Säumnigen an ihre Pflicht erinnern, die Giffrigen zu rastloser Werbearbeit immer und immer wieder anspornen.

Der Abonnementspreis für das Verbandsorgan, 65 Pfg. für das ganze Quartal und 18 Pfg. Bestellgeld bei freier Lieferung ins Haus, ist derartig niedrig bemessen, daß die übergroße Mehrzahl der Verbandsgenossen das kleine Opfer wohl bringen und auf den „Gewerkeverein“ abonnieren kann. Wer aber jederzeit im wirtschaftlichen Kampfe seinen Mund nicht schließt, der kann das Verbandsorgan nicht entbehren.

Darum wenden wir uns wiederholt an alle diejenigen, die den Wert der Presse für die Agitation erkannt haben. Fordert in jeder Sitzung zum Abonnement auf, schreibt Euch die Namen auf, zieht selbst das Geld ein und bekräftigt für alle zusammen das Wort!

Reißt Abonnenten für den „Gewerkeverein“!

Drohende Kämpfe im Baugewerbe?

Kaum sind einige Monate seit dem gewaltigen Kampfe der Berliner Bauarbeiter verstrichen, da ballen sich schon wieder drohende Wellen am wirtschaftlichen Horizont des Baugewerbes zusammen. In den Organen der sozialdemokratischen Bauarbeiterorganisationen wird ein Schriftstück veröffentlicht, das den Verhandlungsbericht bildet über die außerordentliche Generalversammlung des Arbeiterverbandes für das Baugewerbe, die am 21. Oktober d. J. in Berlin tagte. Ebenso wie die Versammlung selbst unter Ausschluß der Öffentlichkeit tagte, sollten auch ihre Beschlüsse streng diskret behandelt werden. Erich allem ist auf irgend einem Wege ein Protokoll in die Öffentlichkeit gelangt. Und das ist gut so! Denn dieses Protokoll enthält offen die Pläne der Scharfmacher im Baugewerbe und läßt beitragen auf Gegenmaßnahmen hin.

Die Beschlüsse, die in jener denkwürdigen Versammlung gefaßt wurden, gehen dahin, daß die im Jahre 1908 zu vereinbarenden Tarifverträge sämtlich bis zum 31. März 1910 oder bis zum 31. März 1908 und in weiterer Folge bis zum 31. März 1910 abzuschließen sind. In zweiter Linie sollen alle im Jahre 1908 zu vereinbarenden Tarifverträge nur unter Vorbehalt der Genehmigung durch die Bundesleitung abgeschlossen werden dürfen. Eine Bestärkung der Arbeitszeit, sofern diese nicht über 10 Stunden beträgt, darf nur nach vorausgegangenem ver-

lorenen Streik und mit Genehmigung des Bundesvorstandes eintreten. Endlich soll in keinem Vertrage der 1. Mai als Feiertag gestanden werden. Weiter wurde festgelegt, daß, falls nicht für sämtliche Verträge eine Übereinstimmung erzielt werden kann, alle Verträge zurückgezogen werden und als letztes Mittel im Frühjahr eine Aussperrung der Bauarbeiter eventuell über ganz Deutschland durchgeführt werden soll.

Der Zweck dieses Vorgehens ist klar. Die Unternehmer im Baugewerbe wollen, — das ist die Hauptsache — daß die Tarifverträge alle an einem bestimmten Tage ablaufen. Zu dieser Zeit sollen dann neue Verhandlungen angeknüpft werden auf der Grundlage der weiter angeführten Bedingungen, auf die wir hier nicht eingehen wollen, denn der 1. Mai als Feiertag kommt für uns nicht in Frage. Führen diese Verhandlungen nicht überall zum Abschluß eines neuen Tarifs, so soll die Aussperrung erfolgen. Diese würde naturgemäß eine ungeheure Ausdehnung annehmen, so daß die Klassen der Arbeiterorganisationen so stark in Anspruch genommen würden, daß diese nicht imstande wären, für eine erhebliche Zeit den Kampf durchzuführen. Die Unternehmer hätten dann gewonnenes Spiel und könnten nach Gutdünken die Arbeitsbedingungen diktieren.

Einem solchen Vorgehen können natürlich die Arbeiterorganisationen nicht ruhig zusehen, sie werden vielmehr alle Hebel in Bewegung setzen, um den wohlbedachten Plan der Unternehmer zum Scheitern zu bringen. Diese andererseits scheuen auch vor dem äußersten Mittel nicht zurück und drohen sofort mit einer allgemeinen Aussperrung über ganz Deutschland. Ihnen ist selbst dieses Opfer nicht zu groß, wenn es gilt, einen einheitlichen Endtermin für die Tarife zu erzielen.

Ein gefährliches und triviales Spiel, das da die Scharfmacher im Baugewerbe treiben! Kommt es zu der angebrohten Aussperrung im nächsten Frühjahr, so wäre damit ein Kampf herausbeschworen, dessen Folgen sich auch nicht annähernd heute überblicken lassen. Die wirtschaftliche Krise, die heute schon ihre Schatten vorauswirft, wird im nächsten Jahre zweifellos schon viel deutlicher ihre Wirkungen spüren lassen. Wenn dann noch ein allgemeiner Kampf im ganzen deutschen Baugewerbe hinzukommt, so müssen diese Wirkungen noch viel schrecklicher sein. Denn nicht allein Hunderttausende von Bauarbeitern mit ihren Familien würden dadurch brotlos werden. Auch das Heer der durch die Krise arbeitslos Gewordenen würde noch einen erheblichen Zuwachs zu verzeichnen haben, da durch einen Kampf im Baugewerbe auch viele andere Industriezweige in Mitleidenschaft gezogen werden. Wir wollen diesen Gedanken gar nicht weiter spinnen. Schon diese Andeutungen genügen, um zu zeigen, wie schwer die Verantwortung derjenigen ist, die einen derartigen Konflikt herausbeschwören.

Aber noch eine andere Erwägung zwingt uns, entschiedene Stellung zu nehmen gegen die angeordneten scharfmacherischen Pläne. Wir sind eifrige Anhänger der Tarifverträge, für welche die Deutschen Gewerkevereine seit ihrem Bestehen stets eingetreten sind. Allmählich hat der Tarifgebau immer breiteren Boden gewonnen, und sowohl in Arbeitgeber- wie in Arbeiterkreisen ist man sich längst darüber klar, daß Tarifverträge, abgeschlossen zwischen starken Organisationen, das

wirksamste Mittel sind, um einem Gewerbe eine ruhige Entwicklung zu gewährleisten. Der Tarifvertrag ist also ein Friedensinstrument, dessen Vorteilhaftigkeit und Wirksamkeit sich allgemeine Anerkennung erworben hat. Hier in diesem Falle aber wollen die Scharfmacher den Tarifvertrag nicht als ein Friedensinstrument gebrauchen, sondern als eine Waffe im wirtschaftlichen Kampfe. Der Tarifvertrag wird dadurch verwandelt in das Gegenteil dessen, was er sein sollte, und um das zu verhindern, müssen die äußersten Kräfte angespannt werden. Rachen die Scharfmacher im Baugewerbe ernst, stehen sie von ihrem gemeingefährlichen Treiben nicht ab, so hat die gesamte Arbeiterchaft ein lebhaftes Interesse daran, daß jene Pläne vereitelt werden. Welche Folgen das haben kann, läßt sich zurzeit noch nicht übersehen. Mögen sich jene Herren aber der Verantwortung, die sie zu tragen haben, bewußt sein!

Klassenkampf und Tarifverträge.

Klassenkampf und Tarifverträge — wie verhält sich das zusammen? In der Agitation spielen sich die Sozialdemokraten als die Radikalistes auf; sollen sie aber praktische Politik treiben, dann müssen sie Anleihen machen bei den Gewerkevereinen. Dies zeigte sich wieder so recht einmal in der Berliner Stadtverordneten-Versammlung am 24. Oktober d. J. Zur Debatte stand ein Antrag der sozialdemokratischen Fraktion, die anständige Lohnsätze in die Submissionsbedingungen der Stadt aufzunehmen. Das bedeutet, daß diejenigen Unternehmer von der Lieferung ausgeschlossen bleiben sollen, die nicht die zwischen den Organisationen der Arbeiter und Unternehmer abgeschlossenen Tarifverträge anerkennen.

Unser Verbandsvorsitzende, Kollege Goldschmidt, hatte schon vor acht Jahren einen ähnlichen Antrag im Namen seiner Fraktion in der Stadtverordneten-Versammlung eingebracht und vertreten. Der Magistrat wehrte sich damals dagegen, weil man in das Vertragsverhältnis zwischen Unternehmern und Arbeitern beiderseits nicht eingreifen dürfe. Da war dann leider auch in der Stadtverordneten-Versammlung eine Mehrheit für diese „vernünftige Forderung“ nicht zu finden.

Die Sozialdemokraten erneuerten jetzt den Antrag, und so kam dann die Frage von neuem zur Verhandlung. Der sozialdemokratische Redner, der „radikale“ Stadtverordnete Pfannkuch, hielt dabei zur Befürwortung des Antrags eine bemerkenswerte Rede auf die friedliche Verständigung zwischen Unternehmern und Arbeitern, sich hierbei wiederholt auch auf unseren Kollegen Goldschmidt beziehend, der ja mit seinen Freunden dasselbe wollte und nun gewiß helfen werde, den Antrag zu fördern. Aus dem Pfannkuchischen Loblied auf die friedliche Verständigung wollen wir hier einige Strophen herlesen:

Wird unseren Anträgen im Anschluß nachgegeben, dann tritt von selbst die Folge ein, daß die Stadt ihr gewichtiges Wort zu Gunsten von Tarifverträgen zwischen Unternehmern und Arbeiterorganisationen einlegen hat. Ich will darauf aufmerksam machen, daß die bayerische Regierung sich bereits auf diesen Standpunkt gestellt und die Gewerbeaufsichtsbeamten angewiesen hat, die betreffenden Organisationen der Unternehmer wie der Arbeiter aufzufordern, sich über Tarifverträge zu verständigen. Die Auffassung von der Richtigkeit der Tarifverträge hat sich ja grundsätzlich bei uns in Deutschland selbst in den Unternehmerkreisen Bahn gebrochen. Dieses Wissen sind es nur noch die Großindustriellen, die unter der Führung der Zentralverbände deutscher Industrieller es absehen, mit ihren Arbeitern Tarifverträge einzugehen. Der Zentralverband steht noch auf dem starrsten Herrschaftspunkt, denn im Laufe der Zeit sind von niemand etwas beibringen lassen zu wollen, auch nicht die Wünsche und Forderungen der Arbeiter zu prüfen,

sondern, wenn sie sie prüfen, einseitig die Entscheidung zu treffen. So lagte glücklicherweise gibt es auch in Deutschland schon Organisationen und zwar größere Verbände, die sich dem doch nicht verschließen, daß der Abschluß von Verträgen eine sehr verdienstliche Sache ist, daß die, von Tarifverträge abgeschlossen sind, die Unternehmer mit gleichbleibenden Arbeitsbedingungen und Produktionskosten rechnen können. Sie sind dann nicht den Schwankungen ausgesetzt, wie sie heute vielfach eintreten. Sie sind auch gegen Arbeiterausfälle, ebenso wie die Arbeitgeber gegen Ausforderungen, für die tarifmäßig festgesetzte Zeit einigermassen gesichert. Diese Vorteile verkennen wir durchaus nicht; wir streben sie mit an und wünschen nur, daß die Stadtverordnetenversammlung sich mit ihrer Mehrheit an unsere Seite stelle. Es sind zum Beispiel die Arbeitgeber der Baubetriebe, die, obwohl ja auch in diesem Jahre wieder Ausforderungen stattgefunden haben und mit Streiks bedroht wurde, sich doch einer ruhigen Auffassung der Sachlage gewachsen gezeigt haben. Sie haben auf ihrem Verbandstage über die Tarifverträge eine Resolution¹⁾ angenommen. Derselbe lautet:

Ruhige, friedliche Arbeitsverhältnisse auf der Grundlage gütlichen Uebereinkommens sind das erstrebenswerthe Ziel. Die Mängel der Tarifgemeinschaft treten gegen ihre Vorteile zurück. Ein Vertragschluß ist immer zu empfehlen. Die Baubetriebe sind keine Ausbuddelungen, man kann die Arbeiter in unserem Gewerbe nicht so von oben herab behandeln. Die Arbeiterschaft ist als gleichberechtigt anzuerkennen. Der Verhandlung mit den Vertretern der Arbeitgeberorganisationen darf nichts im Wege stehen. Der beste Boden, auf dem sich friedliche, gesunde Gewerkschaftsverhältnisse aufbauen lassen, sind beiderseits starke Organisationen, diese geben auch die alleinige Gewähr für Innehaltung des Vertrages.

Diese Resolution sollen alle Unternehmer etwas mehr prüfen und zu der Erkenntnis kommen, daß es richtig sei, sich auf den Boden dieser Resolution zu stellen. Mit dem Augenblick, wo die Arbeiter als gleichberechtigter Faktor in dem wirtschaftlichen Betriebe in den Kommunen und im Staate anerkannt werden, ist ein großer Teil dessen, was heute noch unter dem Namen des Klassenkampfes, der sich mitunter bis zum Klassenkrieg steigert, bekannt ist, beseitigt. Es liegt also hier in der Hand der Unternehmer, diese Dinge zu gütlichen, und die Stadtverordnetenversammlung hat es meines Erachtens in der Hand, die Gewerkschaften durch beratige Beiträge dahin zu bringen, daß ein größeres Maß von sozialem Frieden eintritt.

Im Namen meiner Fraktion antwortete darauf unser Kollege Goldschmidt, daß seine Freunde im Interesse des Antrags Rücksichtnahme wünschten. Unser Kollege fuhr dann fort:

Meine Herren, ich war in hohem Maße erfreut über die ganze Art, wie der Herr Kollege Pfannschuch den Standpunkt der friedlichen Verständigung zwischen Unternehmern und Arbeitern hier verteidigte. Ich habe das sehr wohl anders erwartet und würde es anders erwarten, weil Herr Pfannschuch als Sozialdemokrat auf dem Boden des Klassenkampfes steht, und Klassenkampf und friedliche Verständigung zwischen Unternehmern und Arbeitern zwei so verschiedene Dinge sind, daß man sie nicht als in Uebereinstimmung befindlich ansehen kann. Wer auf dem Boden des Klassenkampfes steht, kann eigentlich nicht eine solche Rede halten, die man ebenfalls vor gar nicht langer Zeit gerade in jenem Saal als Harmoniepredigt bezeichnet hätte. Wahrscheinlich würde man ehemals dem Herrn Kollegen Pfannschuch gesagt haben: du schickst ja nicht auf dem Boden des Klassenkampfes, der dem Kapitalismus den Krieg bis auf's Äußerste erklärt, du schickst vielmehr auf dem Standpunkt der sogenannten Harmoniepredigt. Meine Herren, wenn mein unvergesslicher Freund, der verstorbene Dr. Max Hirsch, noch lebte und die Rede des Herrn Pfannschuch gehört hätte, so würde er sicherlich meine Freunde und mich Erkraunen geteilt haben.

Meine Herren, ich frage damit sehr, daß, wenn der Kollege Pfannschuch den Tarifverträgen ein Schöbeld singt, dies eine Verkennung seines parteipolitischen Standpunktes vom Klassenkampf ist. Die sozialistische Weltanschauung über die Tarifverträge geht von sehr verschiedenen Anschauungen an die Sache heran. Ein Teil der sozialistischen Schriftsteller ist der Meinung, die Tarifverträge hätten gewissermaßen nur die Bedeutung eines Waffenstillstandes, bis die Gewerkschaften wieder Zeit fänden, ihre Kräfte aufzufüllen, das wäre keine prinzipielle Anerkennung der Tarifverträge, während Herr Pfannschuch heute die Tarifverträge prinzipiell als gut bezeichnet hat. Andere sozialistische Schriftsteller stellen sich wie Herr Pfannschuch grundsätzlich auf den Boden der Tarifverträge, um — wie das immer von meinen Freunden und mir ausgeführt wurde — dadurch die Anerkennung der bürgerlichen Gleichberechtigung zwischen Unternehmern und Arbeitern zum Ausdruck zu bringen.

Meine Freunde stehen nach wie vor auf dem Standpunkt, den ich damals in ihrem Namen bei Begründung meines Antrages eingenommen habe. Wir sind der Meinung, daß die Tarifverträge durch die Behörden zu fördern sind, weil wir glauben, daß die friedliche Verständigung zwischen Unternehmern und Arbeitern den schwersten wirtschaftlichen Kämpfen immerdar vorzuziehen ist.

Meine Herren, es gibt aber ebenfalls Verträge, die mir eine Förderung durch staatliche Behörden nicht mindestenswert erscheinen lassen. Ich habe in meiner Rede, auf die sich Herr Kollege Pfannschuch bezogen hat, auf die deutschen Buchdrucker und ihren Tarifvertrag hingewiesen und ihn als das beste Beispiel, das Unternehmer und Arbeiter aller Branchen nachahmen hätten, hingewiesen. Das lasse ich, soweit die Arbeitsbedingungen in

Betracht kommen, heute noch gelten. Indessen mache ich darauf aufmerksam, daß in den Tarifverträgen der deutschen Buchdrucker ein § 4 aufgenommen ist, wonach dieser Tarifvertrag nur zwischen dem Prinzipalverein und dem Verband der deutschen Buchdrucker gilt, die übrigen Organisationen der Buchdruckergehilfen aber nicht als gleichberechtigt anzuerkennen sind. Es heißt das in der praktischen Bedeutung, daß nur der Gehilfe in Zukunft bei einem tariflichen Unternehmern erhalten darf, der dem Verband der deutschen Buchdrucker beiträgt. Man nimmt dem Gehilfen damit die Freiheit der Entscheidung, derjenigen Organisation anzugehören, der er nach seiner Ueberzeugung angehören will, und einen solchen Organisationszwang, Herr Kollege Pfannschuch, werden meine Freunde und ich niemals billigen. Wir werden also, soweit Buchdrucker in Berlin durch die Stadt zu vergeben sind, bei Beratung Ihres Antrages die Frage zu prüfen haben, ob die Stadt Berlin einen solchen Organisationszwang irgendwie unterstützen kann.

Wenn, meine Herren, wir wünschen, daß alle Unternehmer sich auf den Boden jenes Bauhandwerkerbündnisses stellen, aber dann müssen wir auch wünschen, daß die Arbeiter ein gleiches tun, dann darf es aber nicht verteidigt werden, wenn die Arbeiter von der praktischen Bestätigung dieses Prinzips aus sozialdemokratischen Gründen absehen. Das ist z. B. bei der Holzarbeiterbewegung in Berlin geschehen. Und bei dem jüngsten Kampfe im Baugewerbe in Berlin wollten die Führer der Organisation ganz mit den Unternehmern eine Verständigung herbeiführen, denn aber die sozialistische Presse entgegenwirkte. Die Arbeiter in Berlin lesen alle Tage, soweit sie der sozialdemokratischen Organisation angehören, den „Vorwärts“ und im „Vorwärts“ wollte man es anders. Es ist geradezu ein Unheil für die deutschen Arbeiter, daß sie in ihrer praktischen Bewegung zur Verfeinerung ihrer Lage in so großem Maße dem politischen Einfluß der sozialdemokratischen Presse unterliegen.

Und daß die gewerkschaftlichen Organisationen das sehr wohl längst empfunden, geht aus den Erörterungen hervor, die, wenn der Kampf beendet ist, in die Oeffentlichkeit kommen. Ich brauche nur an den Artikel in der „Metallarbeiterzeitung“ sozialdemokratischer Richtung nach dem großen Kampfe in der Selbstmordbühne zu erinnern. Es wurde in diesem Artikel auseinandergesetzt, daß es innerhalb der organisierten Arbeiterschaft sehr viel friedlich gemüthete Elemente gäbe, die sich aber nicht heraustrauen — selbst die leitenden Funktionäre der Organisationen nicht — dem Frieden das Wort zu reden, wie das Herr Kollege Pfannschuch in ersterhand heute setzen hat, weil es als eine Schande gelte, nicht radikal zu sein! Es wurde in diesem Artikel lebhaft über die unglückliche Beeinträchtigung der Arbeiterschaft durch die sozialistische Parteipolitik und durch die sozialistischen Parlamentarier abgeurteilt, die sie gar nicht befehlen. Kurz und gut, ich darf sagen: es wäre für den sozialen Frieden, für den wirtschaftlichen Fortschritt in Deutschland als ein großes Glück zu bezichtigen, wenn Arbeiter und Arbeitgeber auf dem Standpunkt kämen, sich friedlich zu verständigen, Tarifverträge abzuschließen und auf beiden Seiten zu halten. Aber, meine Herren, das wird erst in vollem Maße möglich sein können, wenn die sozialistische Presse aufgehört hat, ihren Einfluß auf die Arbeiter auszuüben; denn die Presse der Organisationen werden immer wieder durch die Verheerung der in der sozialistischen Presse inszeniert wird.

Meine Herren, ich bin durchaus der Meinung, daß die Stadt auf sozialpolitischem Gebiete mancherlei noch mehr zu tun hat, als bisher geschehen ist. Ich will darüber in einzelnen nicht reden. Vielfach hat auch der Knäppel beim Hunde gelegen, wenn die Mittel nicht vorhanden waren. Es wird aber bei praktischer Verwaltung viel leichter möglich sein, mancherlei Mittel noch frei zu machen, um eine ernste sozialpolitische Tätigkeit zu betreiben, mit der wir bereits auf vielen Gebieten — das muß ich anerkennen — anderen Gemeinden gegenüber nachzügig vorwagungen sind.

Es ist nicht richtig, wenn man immer so tut, als wenn die Stadt Berlin auf diesen Gebieten rückständig sei. Erst bedauert es die Sozialdemokraten, nachher spricht es Herr Wagner nach, aber richtig ist es darum nicht. Wir können uns auf sozialpolitischem Gebiete vor manchen anderen größten Städten des In- und Auslandes durchaus sehen lassen, ja, wir können ihnen ein Vorbild sein; aber das schließt nicht aus, daß wir in anderen Fällen nicht an der Spitze stehen. Derwegen haben wir als ernste Sozialpolitiker die Aufgabe, hier fortzuschreiten zu wirken, damit nicht nur in gewissen, sondern in allen Fragen die Stadt Berlin anderen Gemeinden nachzuziehen vorantrete.

(Vehementer Beifall.)

Wir haben auch die Rede unseres Kollegen Goldschmidt mit Rücksicht auf den Raum nach dem amtlichen Stenogramm hier nur andeutungsweise wiedergegeben. In der Agitation wird das Material sehr gut zu verwerten sein, insbesondere da, wo man in radikalen Vorträgen macht und uns „Harmonieapostel“ nennt. Da zeige man den Schwabronnern, wie die „Hilfsorganisation“ sich förmlich begeistert für den Frieden zwischen Unternehmern und Arbeitern. Das heißt, sie tun es nur da, wo sie sich mit ihrem Radikalismus lächerlich machen würden. Da halten sie ihr Dogma vom Klassenkampf in der Tasche verborgen und machen Alles, was den Prinzipien der Gewerkschaften.

Die Erhöhung des ortsüblichen Tagelohnes

Für den Stadtkreis Berlin sowie eine einheitliche Regelung für Groß-Berlin, d. h. für Berlin und die Bezirke, bezogen folgende Petition, die der Verband der Deutschen Gewerksvereine an den Oberpräsidenten der Provinz Brandenburg abgefaßt hat:

Berlin, den 1907.

Im den
Herrn Oberpräsidenten der Provinz Brandenburg
in Potsdam.

Der unterzeichnete Verband der Deutschen Gewerksvereine gestattet sich Eurer Erzeulenz nachstehenden Antrag zu unterbreiten:

Nach § 8 des Krankenversicherungsgesetzes setzt der Herr Oberpräsident der Provinz Brandenburg für die Stadt Berlin die ortsüblichen Tagelöhne gewöhnlicher Lagerarbeiter fest. Diese ortsüblichen Tagelöhne haben eine hohe Bedeutung für die Arbeiter, weil verschiedene andere Verträge ihre Leistungen in einem bestimmten Verhältnis zum ortsüblichen Tagelohn festsetzen. Das gilt neben der Krankenversicherung für die meisten Leistungen aus der Unfallversicherung, für einen Teil der Leistungen aus der Invalidenversicherung, für einen Teil der Leistungen aus der Altersversicherung, für einen Teil der Leistungen aus den verschiedenen u. a. m. Es ist also für die Arbeiter von erheblicher Bedeutung, daß der ortsübliche Tagelohn möglichst nach den tatsächlichen Verhältnissen, besonders der erwerbenden männlichen Arbeiter festgesetzt wird.

Wegen der Bestimmung im „Zentralblatt für das Deutsche Reich“, herausgegeben im Reichsamt des Innern im 33. Jahrgang Nr. 24 vom 22. Dezember 1905, beträgt der ortsübliche Tagelohn im Stadtkreis Berlin für männliche Arbeiter über 16 Jahre 2,90 Mk. für weibliche Arbeiter über 16 Jahre 1,60 Mk. und für die betreffenden Kategorien mit 16 Jahren 1,40 Mk. bzw. 1,10 Mk. Das entspricht nicht mehr den heutigen Verhältnissen. In den letzten Jahren haben sich die Löhne der wichtigsten Gewerkschaften und in infolge dessen gestiegenen Lebensmittel- und Mietpreisen im allgemeinen angepasst. Wenn die Arbeiter nicht nachteilig werden sollen, ist es nötig, daß der von uns oben festgesetzte ortsübliche Tagelohn diesen Verhältnissen Rechnung trägt und entsprechend erhöht wird. Schon eine ganze Reihe Provinzialstädte hat diese Erhöhung vorgenommen. Düsseldorf, Köln und andere Städte des Reichs haben bereits seit länger als Jahrzehnt einen ortsüblichen Tagelohn von 3,50 Mk., Bremerhaven hat einen solchen von 3,60 Mk. Sogar eine Mittelstadt wie Solingen hat einen ortsüblichen Tagelohn, der mit drei Mark höher ist als in Berlin. In allen diesen Städten dürfte aber die Lohnlage erheblich niedriger sein als in Berlin. Wir glauben deshalb beantragen zu müssen:

Eurer Erzeulenz möge veranlassen, daß der ortsübliche Tagelohn erhöht wird nach folgenden Sätzen:

für erwachsene männliche Arbeiter auf 4,00 Mk.
weibliche „ „ „ 2,50
jugendliche männliche „ „ 2,00
weibliche „ „ 1,80

Wir sind bereit, falls Euer Erzeulenz es wünschen, statistische Feststellungen in Fabriken zu machen, die die beantragten Sätze den tatsächlichen Gehältern entsprechen, so hoch hinter ihnen zurückbleiben. Euer Erzeulenz würde durch eine Umfrage bei den hiesigen Stellen der Lebensverhältnisse ein ähnliches Ergebnis erhalten.

Wir gestatten uns ferner, auf folgendes aufmerksam zu machen: Für eine ganze Reihe von in der näheren Umgebung von Berlin beträgt der ortsübliche Tagelohn nicht einmal 2,90 Mk. Niederbarnum, Trespow, Johannisthal, Rowaweh, Niederschönhausen und eine Reihe anderer Orte haben nur einen ortsüblichen Tagelohn von 2,50 Mk. für männliche, erwerbsfähige Arbeiter. Wir halten das nicht für gerecht. Erwerbs- und Berufsverhältnisse sind in Berlin derart, daß Groß-Berlin als ein heiliges Gebiet behandelt werden muß. Es ist daher nicht zu rechtfertigen, daß ein Arbeiter, der in Berlin wohnt, aber in Niederbarnum arbeitet, nur einen ortsüblichen Tagelohn von 2,50 Mk. angerechnet erhält, während im umgekehrten Falle 2,90 Mk. berechnet werden. Nach den Lebensmittel- und Mietpreisen müßte eher das Entgegengesetzte der Fall sein. Wir beantragen deshalb in dieser Richtung:

Eurer Erzeulenz möge geeignete Schritte ergreifen, um bei der Festsetzung der ortsüblichen Tagelöhne für ganz Groß-Berlin eine einheitliche Festsetzung zu treffen.

Wir haben die Petition deshalb in ihrem Wortlaut zum Ausdruck gebracht, weil an zahlreichen Orten eine Erhöhung der ortsüblichen Tagelöhne gewünscht und von unseren Ortsvereinen und Ortsverbänden erstrebt wird und häufig diebezüglichen Anfragen an das Verbandsbureau gelangen. Die Kollegen haben nun einen Anhalt, in welcher Form derartige Eingaben zweckmäßigerweise zu machen sind, wobei natürlich den örtlichen Verhältnissen gebührend Rechnung getragen werden muß.

Allgemeine Rundschau.

Dienstag, 10. Dezember 1907.

Die **Auswahlfällen** in den Ortsvereinen sind wohl zum allergrößten Teil nunmehr vollzogen oder werden doch sicherlich am kommenden Sonnabend vorgenommen. Noch immer aber ist die Zahl der Vereine, welche die Adressen der Empfänger des „Gewerksvereins“ dem Verbandsbureau gemeldet haben, verhältnismäßig gering. Trotz wiederholter und dringlicher Mahnungen ist eine große Zahl von Ortsvereinen noch im Rückstande. Von einer regelmäßigen und pünktlichen Zustellung des Organs gleich am Anfang des nächsten Vierteljahres kann in diesen Fällen nicht mehr die Rede sein. Die Schuld dafür aber trifft die Schützen selbst. Um aber überhaupt allen Ortsvereinen die ihnen zu-

¹⁾ Wie sehr diese Resolution mit den Tatsachen in Widerspruch steht, zeigt unser heutiger Beiratsartikel. Trotz alledem behalten die grundsätzlichen Ausführungen ihre Geltung. (D. Red.)

stehende Anzahl von Pflichtexemplaren zukommen lassen zu können, richten wir nun nochmals das erste Ersuchen an die betreffenden Ortsvereinssekretäre, endlich ihrer Pflicht zu genügen und umgehend die Adressen der Organisationsleiter dem Verbandsbureau zu melden.

Verbandsangelegenheiten und Genossinnen in Berlin und Umgebung! Denkt an die Versammlung, die am Donnerstag, abends 8 Uhr, im Verbandsbureau, Grottelstraße 221/23, stattfindet, und erscheint in Massen! Abg. Albert Träger und Generalsekretär Gustav Hartmann sprechen über: „Das Vereinsrecht und andere Fragen“. Um unseren Wünschen auch der Öffentlichkeit gegenüber den nötigen Nachdruck zu verleihen, ist es erforderlich, daß der Besuch der Versammlung ein recht starker ist. Wir appellieren deshalb heute nochmals an das Pflichtgefühl der Kollegen und fordern zu zahlreichem Erscheinen auf.

Was ist der „Vorwärts“ für Wären aufgeben läßt. In seiner heutigen Dienstagsnummer (10. Dezember) schreibt er:

Christlich-Demokratische Programmrevision.
Wie uns aus Zeitschriften gemeldet wird, ist der Nationalökonom Professor Harms vom Generalrat der Deutschen Gewerkschaften aufgefordert worden, für diese ein neues Programm auszuarbeiten.

Man sollte meinen, daß diese Arbeiterorganisation, die auf eine 40jährige Tätigkeit zurückzuführen kann, jetzt imstande wäre, sich ein Programm zu schaffen, zumal doch die Politik und Sozialpolitik für das moderne Proletariat wahrhaftig kein neues Terrain mehr ist! Immerhin beweist diese Sache nach neuen Zielen, daß die Christlich-Demokratischen Gewerkschaften mit ihrem alten Programm nicht mehr auskommen zu können glauben.

Unseren Generalrat der Deutschen Gewerkschaften ist von einer solchen Aufforderung weder an Herrn Professor Harms noch an sonst einen Nationalökonom etwas bekannt. Unser Verbandsrat 1907 hat selbständig ein neues Programm aufgestellt. Wenn der „Vorwärts“ sich nur einigermaßen über die praktische Arbeiterbewegung auf dem Laufenden hielte, dann würde er davon gefestigt sein, daß ihm solche Vorschläge ausgearbeitet werden können.

Die Stellungnahme des Zentralrats zum Reichsvereinsgesetz und zur preussischen Wahlrechtsreform gibt die Diktanden zum Schluß des christlich-sozialen „Reichs“ Veranlassung, sich über die Neutralität der Deutschen Gewerkschaften zu äußern. Diese Zeitungen, die im Interesse der christlichen Gewerkschaften tätig sind, wissen offenbar nicht, was Neutralität bedeutet. Wir verstehen darunter völlige Unabhängigkeit in kirchlicher und parteipolitischen Beziehung, und gegen diese Unabhängigkeit verfährt in keiner Weise unsere Stellungnahme zu den genannten Fragen. Bei der Frage des Reichsvereinsgesetzes kann dieselbe überhaupt nicht zweifelhaft sein, ebenso wenig aber in der Frage der preussischen Landtagswahlreform. Das Streben der Arbeiter ist gerichtet auf wirtschaftliche und politische Gleichberechtigung. Diese letztere wird uns verlagert in erster Linie durch das Dreiklassenwahlrecht. Deswegen müssen wir dagegen Front machen. Der Arbeiter, der zu allen Kosten anweisen herangezogen wird, der seinen Verpflichtungen dem Staate gegenüber so gut nachkommt wie jeder andere Staatsbürger, der kann auch verlangen, daß er bei der Verwaltung des Landes das gleiche Mitspracherecht hat wie jeder andere. Deswegen wird er gegen das Dreiklassenwahlrecht Stellung nehmen. Wie darin ein Beruf gegen die Neutralität erldit werden kann, ist uns unklar.

Mittelstandsbewegung gab es im Reichstage Ende der vergangenen Woche, nachdem sich die Wogen der Erregung, die bei der Einbringung einer bedeutlichen Höhe erzielten, wieder gelegt hatten. Auf der Tagesordnung stand ein Antrag des Zentrums, der eine stärkere Förderung des Handwerks verlangte durch Abgrenzung der Begriffe Fabrik und Handwerk, Heranziehung derjenigen Fabriken, die Handwerker beschäftigen, zu den Handwerksorganisationen, Regelung der Lehrlingsfrage und des Substitutionswesens, Schutz gegen unlauteren Wettbewerb usw. Nach dem Abg. Trimborn, der als hervorragendster Sozialpolitiker des Zentrums diese Forderungen vortrug, erhoben sich die Redner aller übrigen Parteien, um ihre Handwerksfreundlichkeit zu betonen, so daß schließlich ein allgemeines Wettrennen um die Gunst des Mittelstandes stattfand. An Forderungen des Wohlwollens für diesen also fehlte es wahrlich nicht, auch nicht an Mitteln, die zu seiner Förderung vorgeschlagen wurden. Aber es ist leichter, dem Mittelstande freundliche Worte zu sagen, als ihm gegenüber der Macht des Großkapitals wirksam zu helfen, weil der Mittelstand sich aus zu verschiedenen Elementen zusammensetzt. Der wirksamste Schutz ist jedenfalls eine vernünftige Wirtschaftspolitik, die verhindert, daß dem Handwerker und kleinen Gewerbetreibenden ebenso wie dem Arbeiter durch indirekte Steuern der Lebens-

unterhalt erschwert wird. Ferner muß den von der gesamten Unten erhobenen Forderungen auf Ausbau des Fach- und Fortbildungsschulwesens mehr Rechnung getragen werden.

Auf die Einzelheiten der Debatte hier eingezugehen, würde den Rahmen dieser Betrachtung überschreiten. Nur einem Wunsch möchten wir Ausdruck verleihen, daß nämlich die Zahl der Parteifreunde, die mit dem freisinnigen Abg. Doornum Bedenken gegen die Einführung von Handelsinspektoren hegen, eine recht niedrige sein möge. Auf liberaler Seite sollte man dieser berechtigten Forderung der Handelsangestellten keine Schwierigkeiten bereiten.

Wahlen. Bei den Stadtverordnetenwahlen in Grimmenau wurde der Kollege Karl Wattermann gewählt, so daß jetzt die Gewerkschaften durch einen Ratmann und 4 Stadtverordnete im Stadtparlament vertreten sind. — Aus Oldenburg wird uns mitgeteilt, daß unser Kollege Valenzus nicht in das Gemeindefullerium, sondern in den Stadtrat gewählt worden ist. — Bei den Stadtverordnetenwahlen in Bitterfeld wurde unser Verbandsgenosse Max Schröder gewählt. Mit ihm zieht der vierte Gewerksvereiner in das Stadtparlament ein, während der letzte Sozialdemokrat ihm weichen muß.

Arbeiterbewegung. Die Seidenindustrie in Krefeld steht vor einer gewaltigen Bewegung. Weil in vier Kramattenfabriken die Arbeiter in den Ausstand getreten sind, hat der Arbeitgeberverband der rheinischen Seidenindustrie beschloffen, sämtliche Stoffweber auszusperrten. Infolge dessen wurde am Freitag abend allen noch nicht in Ausstand befindlichen Arbeitern die Kündigung zugestellt. Falls innerhalb 14 Tagen die Differenzen nicht beigelegt sind, sollen die gesamten Färbereien, Appreturen und Druckereien gebunden sein, auch ihrerseits die Sperre zu verhängen. Es würden dadurch zunächst 8000 Weber, mit den Hilfsarbeitern sogar im ganzen 13000 Arbeiter in Mitleidenschaft gezogen. — In der Textildruckerei Baucher & Co. in Rühlhausen i. G. ist ein Streik der Weber ausgebrochen, an dem ungefähr 400 Arbeiter beteiligt sind. Die Christlichen haben sich dem Streik nicht angeschlossen. Die Aussperrung in der Textilindustrie von Lauterberg, die ein Vierteljahr andauerte, ist auf Beschluß der Fabrikanten aufgehoben worden. — In der königlichen Regierungsdruckerei in Straßfurt haben die Buchdrucker zwecks Anerkennung des Tarifs die Müllung eingetretet. — Der Streik der Holzarbeiter in Solingen ist nach vierteljähriger Dauer für beendet erklärt worden. Die Forderung der Gehilfen auf Herabsetzung der Arbeitszeit von 9 1/2 auf 9 Stunden wurde nicht bewilligt.

Nach 10tägigem Ausstand ist der Streik der Straßenbahner in Mailand beendet worden, nachdem die Gesellschaft einige Zugständnisse gemacht hat. — Wegen Einführung des Achtstundentages, aber mit entprechender Lohnverlängerung, traten auf der Lotterei in Brest (Frankreich) 200 Monteure in den Streik, so daß die geplante Versuchsfahrt des neuen Panzerdampfes überleben mußte. — Die Buchdrucker in New York haben in nahezu 200 Betrieben die Einführung des Achtstundentages durchgesetzt, und es besteht begründete Aussicht, daß auch in den wenigen anderen Betrieben diese Verkürzung der Arbeitszeit durchgesetzt wird. — In einer Lohnbewegung befinden sich die Buchdrucker in den größeren Städten Hollands. Sie verlangen in der Hauptsache den Reinstundentag und eine Aufbesserung ihrer Löhne. Auch die Buchbinder haben sich zum großen Teile mit den Buchdruckern solidarisch erklärt. — In der Diamantindustrie in Amsterdam sind über 4000 Arbeiter ohne Beschäftigung. — Auch in Irland macht sich die Krise bereits bemerkbar. Infolge Einschränkung der Beschäftigung in den Spinnersen, bezw. Herabsetzung der Löhne, sind an 30000 Arbeiter beschäftigungslos geworden oder in ihrem Einkommen wesentlich beeinträchtigt.

Die Gesellschaft für Soziale Reform hielt am 5. Dezember eine gemeinsame Vorstands- und Ausschußsitzung ab unter dem Vorsitz des Staatsministers Freiherrn v. Berlepsch. Die Finanzlage der Gesellschaft ist nach dem Bericht des Schatzmeisters befriedigend. Die nächste Generalversammlung soll im Herbst 1908 in Frankfurt a. M. stattfinden und insbesondere sich mit der Privatwahlenreform beschäftigen. Zur Vorbereitung ist ein Unterausschuß eingesetzt worden, der aus zahlreichen Vertretern von Verbänden laienmännlicher und technischer Angehörten zusammengesetzt ist. Die einschlägigen Fragen sollen in 3 Hefen der Schriften der Gesellschaft für Soziale Reform erörtert werden. Ferner sind in Aussicht genommene Schriften über: 1. Arbeit und Erziehung bei Kindern und jungen Leuten; 2. Organisation und Lohn in der Hausarbeit; 3. Erweiterung und Sicherung des Koalitionsrechts; 4. Technischer Fortschritt und Arbeiterschaft. Ferner wurde mitgeteilt, daß auch für die im Herbst nächsten Jahres stattfindende

Delegiertenkonferenz der Internationalen Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz, von welcher die Gesellschaft für Soziale Reform die deutsche Sektion darstellt, die Vorbereitungen im Gange sind. Zu dem Entwurf über das Vereins- und Versammlungsrecht soll Stellung genommen werden. Zu diesem Zwecke wurde ein besonderer Ausschuß eingesetzt, dem unter anderem auch unsere Kollegen Goldschmidt und Hartmann angehören.

Reichsverband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie und Christlich-Demokratische Gewerkschaften. Unter dieser Schirmherrschaft brachte die von Herrn Wiesbert herausgegebene „Westdeutsche Arbeiter-Ztg.“, das Organ des Verbandes christlicher Arbeitervereine Westdeutschlands, in ihrer Nummer 48 vom 30. November d. J. die aus sozialdemokratischen Blättern entnommene Schwindelnote, daß Mitglieder unserer Organisation sich an dem Rednerkongress des Reichsverbandes beteiligten und überhaupt die Seele dieses Verbandes seien. Das Blatt hatte daran die Bemerkung geknüpft, daß man zwar der sozialdemokratischen Presse nicht alles glauben dürfe. Die vorstehenden Behauptungen werden aber so scharf aufgestellt und verfochten, daß sie unmöglich ganz aus den Fingern gelassen werden können. Inzwischen ist nicht nur von uns festgestellt, sondern selbst von der sozialdemokratischen Presse zugegeben worden, daß jene Notiz Schwindel ist, und daß ein „lieblichwärtiger Genosse“ die Herrstralle gespielt hat. Trotz alledem haben wir in der letzten Nummer der Westdeutschen Arbeiter-Zeitung (Nummer 49 vom 7. Dezember) vergeblich nach einer Klärung dieser falschen Nachricht gesucht. Der Anstand hätte es unbedingt erfordert, daß das Blatt seinen Verlesern nunmehr auch den wahren Sachverhalt mitteilt. Das ist aber, wie gesagt, nicht geschehen. Robel ist diese Kampfesweise uns gegenüber keinesfalls. Sie berührt aber um so unangenehmer, als sie von einem auf christlichem Boden stehenden Blatte geübt wird.

Die geistige Arbeit, welche den „lieblichwärtigen Genossen“ von ihren Redakteuren bisweilen geboten wird, verrät wirklich einen hohen Grad von Anpöckelhaftigkeit. Vor uns liegt ein Ausschnitt aus der sozialdemokratischen „Märkischen Volksstimme“, der sich mit den Stadtverordnetenwahlen in Jüterbogville beschäftigt. Auf Wunsch unserer Verbandsgenossen, von denen zwei in der III. Abteilung als Kandidaten aufgestellt werden sollten, hatte unser Verbandsvorsitzender Kollege Goldschmidt daselbst den Vortrag in einer Wählerversammlung übernommen. Diese Tatsache gab nun dem genannten Blatte Veranlassung, seinen „Hilf“ zu spielen zu lassen. Es geschieht dies aber in einer so albernen Art, daß man sich unwillkürlich in den Jirkus verlegt glaubt, in dem die Klowne ihre bunten Spähe zum besten geben. Es wird da geredet vom „großen Karl aus der Metropole“, der da kommen mußte, um das Vaterland zu retten; es wird erzählt von der Tätigkeit des „Herrn Goldschmidt als Stadtrater, von der sich nichts Ruhmenswertes sagen läßt“, da er „immer auf der Seite der Rückwärts“ stand und „in seinem blinden Hass gegen die Sozialdemokratie oft genug die Früchte hertampelte, die vom Christlich-Demokratischen Reich sozialpolitischer Erkenntnis fielen“. Es wird ferner gefaselt von der „Rückständigkeit Goldschmidts“, von seinem fortgeschrittenen Geiste über die fortgeschrittenen Elemente und seinem überlegenen „Kerngeist“, die schließlich zu seiner „Abfertigung als Redakteur“ geführt hätten. Er sei, um ihn Ballam auf die Wunde zu lumieren, vorfingend geworden, während Lewin zum Redakteur gemählt wurde“. Es ist eigentlich nicht recht zu verstehen, daß unter solchen Umständen trotzdem diese „Christlich-Demokratische Primadonna“ — wie die „Märkische Volksstimme“ sich weiterhin geschwätzt ausdrückt — nach Jüterbogville befragen werden ist.

Widerlegen braucht man von diesem Unfug kein Wort. Man ersieht aber aus dieser schriftstellerischen Leistung, wie berechtigt die Fragen sind, die schon seit geraumer Zeit auf sozialdemokratischen Konferenzen und Parteitagen laut geworden sind darüber, wie schwierig es sei, vernünftige Redakteure für die sozialdemokratische Presse zu bekommen. Uneinigkeit bleibt uns nur, wie sich die große Menge eines derartigen Quatsch bieten lassen kann. Auf die Verleumdung der „Volksstimme“ scheint demnach ebenso wie auf ihre Redakteure das Wort zu passen: „Eelig sind die, die arm im Geiste sind“.

Ein neuer Arbeitgeberverband für die deutsche Tafelglasindustrie und verwandten Betriebszweige ist vergangene Woche in Berlin ins Leben gerufen worden. Die neue Organisation erstreckt sich über das ganze Deutsche Reich und ist der Hauptstelle deutscher Arbeitgeberverbände angegliedert. Diese Tatsache beweist, daß die neue Gründung ihre Spitze in erster Linie gegen die Arbeiterschaft richtet. Abgesehen davon, daß die notwendigen Konsequenzen ziehen und ebenfalls für engeren Zusammenhalt Sorge tragen!

